55. Jahrgang. № 54. Donnerstag, 23. Februar 1911.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr wöchentlich. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung in Haus- und Kontagen nur einmal 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,24 plus Bestellgeld. Für den Bezirk von Dresden u. Umgebung am Tage vorher ausgestellten Abend-Ausgaben erhalten die ständigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe inbegriffen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen an der Grundstrecke Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Bei Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal extra berechnet 10 Pf.

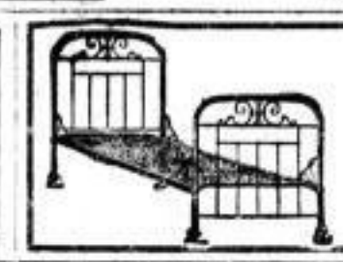
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Seidel & Naumanns Nähmaschinen sind zu haben:
Struvestraße 9, Johannesstraße 15, Bautzner Straße 6, Vorwerkstraße 7.

RAUM KUNST
Wer sein Heim nach künstlerischen Grundsätzen individuell ausstatten will, wende sich an die
Raumkunst
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.
Eigene Fabrikation von in Material und Arbeit mustergültigen bürgerlichen Gebrauchsmöbeln künstlerischer Eigenart zu billigen Preisen.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie **alle Maschinenbedarfs-Artikel** wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle
en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8


Reformbettstellen
A. F. Müller
Eisenmöbelfabrik
Gegründet 1873
Annenstr. 23/25, Annenhof.
Alle Arten Eisenmöbel.

Wurmmittel für Kinder unt. 6 Jahren 30 Pfg., für Kinder üb. 6 Jahre 35 Pfg., für Erwachsene 50 Pfg. Gegen Madenwürmer **„Madenwurmzäpfchen"**. Schachtel 50 Pfg. m. genauer Gebrauchsanweisung. Echt mit Aufschr. **„Leuckart"**. Versand nach auswärts.
Löwen-Apotheke
DRESDEN, Altmarkt.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der König von Sachsen ist wohlbehalten in Kodok eingetroffen.

Pfarrer Dr. **Kölitzsch** ist als Superintendent der Ephorie Dresden I durch das Konsistorium und die in evangelicis beauftragten Minister bestätigt worden.

Herr Geh. Baurat Professor Dr. **Wallot** tritt in den Ruhestand.

Die **Allgemeine Sächsische Bürgermeister-Vereinigung** tagte gestern im neuen Rathause.

Im **Breuer-Prozeß** vor dem Reichsgericht wurde auf Verwerfung der Revision erkannt.

Wegen öffentlichen agitatorischen Auftretens gegen das **Impfgesetz** wurde gegen einen Lehrer in Dortmund das Disziplinarverfahren eröffnet.

Unweit der russischen Station Wosnessensk geriet ein **Personenwagen in Brand**; 7 Fahrgäste wurden getötet, 32 verletzt.

In Russisch-Polen sind durch **Schneestürme** viele Häuser eingestürzt und ganze Dorfschaften zerstört worden.

Ein **Erdbeben** hat im Wilajet Monastir die untere Stadt von Stachrowe in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Die Heeresausgaben Frankreichs und Deutschlands.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Ein Vergleich der Heeresausgaben beider Staaten ist nicht einfach, da die Anordnung der Kapitel und die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Fonds naturgemäß ganz verschieden ist. Wohl kann man sich aber einen Gesamtüberblick schaffen und so ein Bild gewinnen, welche Summen in beiden Ländern die Unterhaltung des Heeres kostet, um im Anschluß daran die beiderseitigen Leistungen zu vergleichen.

Die **französische Heeresverwaltung** fordert für das Rechnungsjahr 1911 rund 900 Millionen Franken oder 720 Millionen Mark. Der deutsche Etat weist für die Unterhaltung und den Ausbau des Heeres die Summe von 816 Millionen Mark auf. Das ergibt für Deutschland eine Mehrforderung von 96 Millionen Mark. Nicht eingerechnet sind in beiden Budgets die Pensionen, die in Deutschland, den höheren Gehaltssätzen und dem Verabschiedungsverfahren entsprechend, etwa 30 Millionen Mark mehr betragen als in Frankreich. Aus dieser alljährlich in ähnlicher Weise wiederkehrenden, nicht unerheblichen Mehrforderung unserer Heeresverwaltung wird vielfach der Vorwurf hergeleitet, daß **wir im Gegensatz zu Frankreich nicht billig genug wirtschafteten**, daß unbedingt Ersparnisse gemacht werden müßten. Es dürfte daher mit Rücksicht auf die **Reichstagsverhandlungen über das deutsche Militärbudget** nicht ohne Interesse sein, einmal ruhig und sachlich zu prüfen, **ob dieser Vorwurf tatsächlich berechtigt ist.** Vielleicht wird es dann doch manchem Steuerzahler, der über die hohen Ausgaben seufzt, klar, daß die deutsche Heeresverwaltung diese Summen mit Nutzen und auch mit Sparsamkeit für eine kriegsgemäße Ausbildung der Armee und für eine gesunde Unterbringung und Verpflegung der unter den Fahnen stehenden Landeskinder anwendet. Wahrscheinlich sieht dann auch mancher ein, daß Frankreich vielfach am falschen Platze spart und, wie in manchen anderen Dingen, so auch in Heeresausgaben, gezwungen ist, allmählich mit großen Kosten nachzuholen, was wir längst besitzen. Schon jetzt macht sich aus diesem Grunde ein starkes Anwachsen des französischen Heeresbudgets bemerkbar, während das unsrige nicht annähernd in gleicher Weise gestiegen ist. Im Jahre 1909 betrug das Budget Frankreichs 800 Millionen Franken, es stieg 1910 auf 872 Millionen, um jetzt die 900 Millionen zu erreichen.

Bei dem Vergleich der beiderseitigen Ausgaben soll von der bekannten Aeußerung ganz abgesehen werden, daß Deutschland trotz seiner größeren Heeresausgaben immer noch weniger auf den Kopf seiner Bevölkerung zahle als Frankreich. Diese Behauptung ist statistisch allerdings richtig, ihr steht aber mit einer gewissen Berechtigung der Einwand gegenüber, daß in Frankreich der nationale Wohlstand größer sei, der einzelne Bürger also selbst die erhöhten Lasten leichter trage als der deutsche. Dagegen ist für den Vergleich nicht unwesentlich, daß im wirtschaftlichen Leben Frankreichs der Frank vielfach die Bedeutung unserer Reichsmark hat. Wer viel in den Provinzen des Landes reist, weiß, daß beim Einkauf von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen der Frank unserer Mark im Werte völlig entspricht. Diese Tatsache ist namentlich beim Vergleich der Gehälter nicht ohne Bedeutung. Bei den deutschen Verhältnissen zwingt schon der Wertunterschied des Geldes zu einer höheren Besoldung. **Deutschland** rechnet nun in seinem Etat für 1911 mit einer **Friedenspräsenzstärke von rund 610 000 Mann.** Davon sind 14 000 Einjährig-Freiwillige und 96 000 Unteroffiziere und Kapitulanten, so daß täglich 500 000 Gemeine zu verpflegen, zu kleiden und zu löhnen sind. Diese Zahl ist auch tatsächlich immer vorhanden, da Ausfälle durch Neueinziehungen gedeckt werden können, um die Friedenspräsenz auf der einmal gesetzlich festgelegten Stärke zu erhalten. Ganz anders liegen die Verhältnisse in **Frankreich!** Eine gesetzlich festgelegte Friedenspräsenzstärke gibt es nicht, sie wechselt vielmehr mit den jährlichen Rekrutierungsergebnissen, ist nach der Rekruteneinstellung besonders stark und nimmt mit den Entlassungen im Laufe des Jahres allmählich ab. Daher setzt man im französischen Heeresetat eine durchschnittliche tägliche Verpflegstärke für das Heer ein, die für 1911 einschließlich der in Frankreich stehenden Kolonialtruppen auf rund 578 000 Mann berechnet ist. Hierin sind rund 35 000 Kapitulanten-Unteroffiziere und 27 000 Kapitulanten-Obergefreite und -Soldaten einschließlich der der Kolonialtruppen enthalten. Von dieser Gesamtsumme wird nun aber dem Kriegsminister ein Abstrich für Beurlaubte, Kranke und Arrestanten gemacht, der beim Heere 6,5 Prozent, den Kolonialtruppen 3 Prozent (für Unteroffiziere) und 11 Prozent (für Gemeine) beträgt. Somit stehen dem französischen Kriegsminister nur die Mittel für 540 000 Mann zur Verfügung; die Ersparnis muß auf Kosten der Ausbildung herausgewirtschaftet werden.

Der deutsche Soldat erhält nun für den Tag 22 Pfennig Löhnung, der französische 4 Pfennig, das sind im Jahre 79,2 Mark gegen 14,4 Mark für den einzelnen Mann, oder 40 Millionen gegen 7 Millionen für die Gesamtzahl der Gemeinen. Deutschland zahlt ferner alljährlich 2 Millionen seinen Rekruten für Beschaffung des Putzzeuges, Frankreich nichts. Kein Mensch wird bestreiten, daß diese 35 Millionen Mark Mehrkosten in Deutschland lediglich im Interesse und für das Wohl der Soldaten ausgegeben werden. Deutschland hat ferner 96 600 Kapitulanten, von denen 88 000 Unteroffiziere sind, Frankreich dagegen höchstens 62 000, darunter 35 000 Unteroffiziere. An Mehrkosten für Löhnung dieser Unteroffiziere und Kapitulanten hat die deutsche Heeresverwaltung jährlich 8 Millionen Mark zu zahlen. Auch diese höhere Ausgabe erfolgt nur im Interesse unseres Heeres. Das deutsche Unteroffizierkorps ist in der ganzen Welt rühmlich bekannt, es kommt uns kein anderer Staat in dieser Hinsicht gleich. Wir können daher unserer Heeresverwaltung nur dankbar sein, daß sie mit einer so geringen Mehrforderung uns diesen großen Vorsprung verschafft hat, der für die Ausbildung und Mobilmachung des Heeres von höchster Bedeutung ist.

Die tägliche Verpflegstärke beträgt in Frankreich, wie bereits ausgeführt wurde, 540 000 Unteroffiziere und Mann, in Deutschland ohne Einjährig-Freiwillige 596 000 Unteroffiziere und Mann. Nun kostet allerdings die Verpflegung des französischen Soldaten, der täglich zwei warme Mahlzeiten erhält, 232 Mk. im Jahr; die des deutschen Mannes nur 210, des Unteroffiziers 256 Mk. Immerhin ergibt sich auch hier für Deutschland eine Mehrforderung von über 4 Millionen Mark. Wir haben ferner 504 Eskadrons, Frankreich nur 445. Die Zahl der Dienstpferde ist somit bei uns größer, die Ausgabe für Remontierung, Futter und Ausrüstung dementsprechend höher. Auch die Bekleidungswirtschaft ist in Deutschland besser, da wir für den Mann fünf, die Franzosen nur drei Garnituren haben. Wichtig ist ferner, daß sich die französische Heeresverwaltung gar nicht sträubt, wenn ihr bei Beratung des Budgets Abstriche von ihren Forderungen gemacht werden. Sie holt einfach in Form von Nachtragskrediten wieder heraus, was ihr gestrichen wurde. Diese sind sehr wechselnd und betrugen 1905 72 Millionen, 1906 169 Millionen, 1907 28 Millionen, 1908 55 Millionen, 1909 38 Millionen Franken. Man kann somit rechnen, daß im Durchschnitt jährlich mindestens 40 Millionen Franken oder 32 Millionen Mark für das Kriegsbudget nachträglich gefordert und auch bewilligt werden. Hierbei ist von den hohen Nachtragskrediten des Jahres 1906 ganz abgesehen worden. Aber gerade diese letztere hohe Nachtragsforderung beweist, wie falsch es ist, mit einem künstlich verbilligten Budget aufzutreten und später nachzuholen, was durch eine falsche Sparsamkeit versäumt wurde. Damals bestand die Spannung mit Deutschland anläßlich der Marokkokrisis; in fieberhafter Eile mußte die vernachlässigte Ausrüstung der Festungen, ja auch des Feldheeres ergänzt werden. Fast 200 Millionen Franken wurden in den Jahren 1905 und 1906 lediglich für diese Zwecke ausgegeben, während Deutschland keinen Pfennig zu zahlen hatte. In Frankreich waren alte, aus übertriebener Sparsamkeit entstandene Sünden gut zu machen, in Deutschland hatte man das Geld der Steuerzahler mit Nutzen verwendet. Das darf man nicht vergessen.

Wenn man alle die durchaus berechtigten Mehrforderungen für das deutsche Heer berücksichtigt, die eben hier angeführt sind und sich lediglich aus den höheren Verpflegstärken und der besseren Besoldung der Mannschaften ergeben, so bleiben kaum 16 Millionen Mark übrig, um die das Deutsche Reich teurer wirtschaftet. **Deutschland leistet** dafür an höherer Bezahlung seiner Offiziere, an weitaus besserer Ausbildung, Unterkunft und Hygiene seines Heeres so **erheblich mehr**, daß Frankreich noch sehr viel zu tun übrig bleibt, um uns in allen diesen Punkten nachzukommen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 22. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des **Etats der Reichs-Justizverwaltung** wird fortgesetzt. Abg. Dr. **Wagner** (kons.): Herr Ablaß hat 2½ Stunden über Dinge gesprochen, die nach der Erklärung des Herrn Präsidenten nur in losem Zusammenhange mit dem Justizetat standen. Auch dieser Zusammenhang war nur scheinbar vorhanden, er war mit großem Raffinement künstlich hergestellt. Herr Ablaß hat die preußische Verwaltung zum Gegenstande der Kritik vor dem Reichstage gemacht. Der Reichstag wacht eifersüchtig über seine Rechte, er sollte auch die Rechte der Einzelstaaten und der Einzellandtage achten und nicht in deren Kompetenzen eingreifen. Die Erörterung und Kritik der preußischen Verwaltung gehört in den preußischen Landtag, und der Staatssekretär hat auch die einzig richtige Antwort darauf gegeben: er hat geschwiegen. Und hierzu kommt noch etwas anderes. Im preußischen Abgeordnetenhause ist diese Frage zweimal in mehrtägigen Debatten so gründlich erörtert worden, daß eigentlich diese Sache fast allen besonnenen Leuten bis zum Erbrechen obenansteht. Warum bringt Herr Ablaß das hier nochmals vor? Entweder meint er, seine Freunde hätten ihre Sache drüben nicht gut gemacht, er macht ihnen also damit einen Vorwurf, oder aber er bekennt, daß seine Freunde dort eine Niederlage erlitten haben, und es handelt sich hier um ein Rückzugsgefecht. Darin wollen wir ihn nicht stören. Seine 2½stündige Rede bot nichts, was nicht schon im Abgeordnetenhause wiederholt erörtert worden wäre, sie war uns weder unangenehm, wie er sich ausdrückte, noch eine Freude, sondern sie löste nur die Gefühle bei uns aus, die man hat, wenn man Dinge, die man schon über die Gebühr wiederholt gehört hat, immer von neuem wieder anhören muß. Jedenfalls ist der Vorwurf der Klassenjustiz gerade in diesem Falle ganz verfehlt, denn Herr Becker ist Millionär und Großgrundbesitzer. Herr Ablaß glaubte, seine Rede werde bewirken, daß die Beweisgrenzen, die heute schon sehr weit gesteckt sind, noch weiter eingerissen werden. Das glaube ich nicht. Wenn man sieht, wie gerade Herr Ablaß es fertig gebracht hat, Dinge mit dem Staatssekretär in Zusammenhang zu bringen, die gar nichts mit dem Reichsjustizamt zu tun haben, was würde dann alles vor Gericht in Zusammenhang mit einem Prozeß gebracht werden können, aus Gründen, die mit der Anklage garnichts zu tun haben. Damit dürfte die Rede des Herrn Ablaß für uns erledigt sein. Gestern wurde noch dem Reichskanzler zum Vorwurf gemacht, er habe durch seine Bemerkung über den Moabiter Prozeß in ein schwebendes Verfahren eingegriffen. Das ist schon wiederholt widerlegt worden. In diesem Prozesse handelte es sich darum, ob einzelne bestimmte Personen sich gegen die öffentliche Ordnung vergangen hatten, nicht aber, ob eine politische Partei die moralische Verantwortung für den ganzen Krawall trug. Der Reichskanzler hat ausdrücklich betont, er hätte die Vorfälle nicht erwähnt, wenn nicht Herr Scheidemann sie in die Debatte geworfen und behauptet hätte, es sei erwiesen, daß die Polizei zu neun Zehntel schuld an den Krawallen sei. Daß der preußische Justizminister den Schwurgerichtsvorsitzenden Unger nicht zur Rede gestellt, sondern lediglich den Tatbestand der Rechtsbelehrung festgestellt hat, ist auch schon gesagt. Ich habe auch schon darauf hingewiesen, wie die Herren auf der Linken hierbei mit doppeltem Maße messen. Warum ist niemand auf meinen Hinweis eingegangen, daß vor Jahresfrist ein Einschreiten gegen einen Richter von derselben Seite sogar verlangt wurde, als dieser Richter in einer Urteilsbegründung einen antisemitisch klingenden Satz niedergeschrieben hatte. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die

Esst Pfunds Yoghurt!